«Wir müssen bei der Pandemie vom Gut-Böse-Schema wegkommen»

Psychologe zu Corona-Protesten Die Geimpften fühlen sich moralisch überlegen, die Ungeimpften falsch behandelt: Wie man die aufgeheizte Stimmung entschärfen kann, sagt Psychologieprofessor Johannes Ullrich.

Angela Barandun

Die Auseinandersetzung gewinnt an Schärfe: Demonstrierende am vergangenen Samstag in Winterthur. Foto: Michael Buholzer (Keystone)

Herr Ullrich, sind die Ungeimpften Teil des Problems in dieser Pandemie?
Eine Diskussion, die so beginnt, kann zu keinem guten Ergebnis führen. Schon allein deshalb, weil es die Ungeimpften als Gruppe gar nicht gibt.

Wie meinen Sie das?
Es gibt ganz unterschiedliche Gruppen von Menschen, die aus verschiedensten Gründen das Impfen noch nicht erledigt haben. So, wie die Diskussion geführt wird, werfen wir alle in einen Topf. Es gibt Menschen, die rational kalkulieren, ob sie sich impfen lassen wollen. Andere sind grundsätzlich gegen Impfungen. Und dazwischen liegt ein weites Feld. Darum warne ich vor Etiketten wie Impfverweigerer. Sehr viele Ungeimpfte sind Zauderer, sie brauchen einfach Zeit.

Und in welche Gruppe ordnen sie die gewaltbereiten Menschen ein, die vergangenen Donnerstag auf dem Bundesplatz in Bern randaliert haben?
Ich bin kein Augenzeuge, aber mein Eindruck ist, dass es genau solche ideologisch verbohrten Leute sind, mit denen die anderen nicht in einen Topf geworfen werden wollen. Wir müssen die Vielfalt der Menschen anerkennen und nicht eine Antwort auf alles produzieren.

«Die Ungeimpften sind Teil des Problems, die Geimpften Teil der Lösung» – die Aussage stammt von Lukas Engelberger, dem obersten Gesundheitsdirektor der Schweiz. Er spricht damit wohl vielen Geimpften aus dem Herzen.
Die Forschung zu Basisimpfungen wie Masern zeigt: Menschen, die sich für eine Impfung entscheiden, begreifen das als eine Art Gesellschaftsvertrag. Das macht sie umso kritischer gegenüber jenen, die sich nicht impfen lassen. Wer sich nicht impfen lässt, begeht aus ihrer Sicht Vertragsbruch.

Das dünkt mich nachvollziehbar.
Aus der Perspektive einer Geimpften, ja. Umgekehrt gilt das aber nicht. Wer nicht geimpft ist, hat nichts dagegen, dass andere geimpft sind. Dadurch entsteht eine Asymmetrie.

Und die Folge?
Viele Geimpfte betrachten sich als moralisch überlegen und gehen davon aus, dass sie die Wahrheit gepachtet haben. Daraus entsteht eine Diskussion, die von jenen, die sich noch nicht impfen liessen, als sehr unangenehm und bedrohlich wahrgenommen wird. Das ist kontraproduktiv: Man bringt die Leute nicht zum Impfen, indem man sie blossstellt, sie herabsetzt oder ihnen ihre Defizite vorhält.

Also sind die Ungeimpften die Opfer?
Ich diagnostiziere das ganz neutral. Die letzten Wochen der Pandemie zeigen eine Serie von Kränkungen und Missverständnissen, die jetzt zu einer scheinbar hitzigen Diskussion führt. Klar wäre es gut, möglichst viele Leute liessen sich impfen. Aber wir müssen vom Gut-Böse-Schema wegkommen. Solange wir die Diskussionen auf Ungeimpfte, Geimpfte und deren Privilegien reduzieren, fühlen sich Menschen ohne Impfung falsch verstanden. Und das führt zu Empörung und Widerstand. Wer nicht militant gegen die Impfung ist, fühlt sich zurückgesetzt. Das wird uns bei der Mission, die Impfquote zu erhöhen, nicht helfen.

Johannes Ullrich ist Professor für Sozialpsychologie am Psychologischen Institut der Universität Zürich.

Es hilft allerdings auch nicht, wenn militante Impfgegner das Bundeshaus mit Feuerwerk beschiessen. Wie wird das die Diskussion beeinflussen?
Das hängt von den Reaktionen ab. Werden alle undifferenziert als unbelehrbar dargestellt, oder wird einfach die Gewalt verurteilt?

Was raten Sie?
Aus Lukas Engelberger spricht die Ungeduld von Menschen, die wollen, dass der Laden wieder läuft. Das ist nicht zielführend. Die Überzeugungsarbeit muss auf vielen Ebenen geleistet werden, manche brauchen einfach Zeit.

Nehmen wir ein typisches Beispiel: Eine junge Frau, die die Impfung ablehnt aus Angst, unfruchtbar zu werden. Warum glauben Sie, dass die junge Frau Zeit braucht? Sie müsste sich einfach mal informieren.
Hat denn irgendjemand offiziell mit dieser jungen Frau Kontakt aufgenommen? Nein, das passiert in der Schweiz nicht. Über jede grössere Baustelle in der Nachbarschaft werde ich mit einem Zettel im Briefkasten informiert. Mit einer Telefonnummer, an wen ich mich wenden kann, wenn ich Fragen habe. Aber dass ich mich jetzt impfen lassen kann, wurde mir in keinem offiziellen Schreiben mitgeteilt. Ich nehme keine ernsthaften Bemühungen wahr, die Leute abzuholen. Ihnen Angebote zu machen, Aufklärungsgespräche anzubieten.

Das System ist also auf Menschen ausgerichtet, die sich bereits impfen lassen wollen?
Ja. Jeder muss sich die Informationen selbst besorgen. Glücklicherweise gab es sehr viele Leute, die das getan haben. Aber ich weiss nicht, wie viele andere weder die Zeit haben, noch den dringenden Wunsch verspürten, ihre Risiken abzuwägen. Und ob es ihnen jetzt nicht vielleicht an Angeboten und Kontaktmöglichkeiten fehlt.

Wie schwer fällt es Impfkritikern, das Lager zu wechseln? Wie hart trifft sie die Häme aus der eigenen Bubble?
Wir haben Studien dazu gemacht, ob sich die Leute an Corona-Massnahmen halten – ob sie etwa Masken tragen, Hygienemassnahmen einhalten. Eine Erkenntnis: Leute werden kritisiert, wenn sie sich zu schlecht an die Massnahmen halten. Anders rum nicht: Niemand wird kritisiert, weil er sich zu fest an die Massnahmen hält. Dass die weniger Konformen die Konformen kritisieren, dürfte nur in extremen Kreisen ein Problem sein.

Ab dem 1. Oktober fallen die Gratistests weg. Wird das die Spannungen zwischen Geimpften und Ungeimpften noch vergrössern?
Absolut. Die sozialen Konsequenzen sind überhaupt nicht durchdacht. Man hat einfach diesen Hebel gesehen und danach gegriffen. Der Unmut wird noch einmal deutlich steigen, die Diskussion eine neue Schärfe erlangen. Und es ist ein gutes Beispiel dafür, dass der Staat den Einzelnen mit seinen Problemen alleine lässt.

Wie meinen Sie das?
Es ist der gleiche Mechanismus wie beim Klima und beim Benzinpreis: Für ein Ziel, das wir als Gesellschaft erreichen wollen, lässt man das Individuum die Kosten tragen. Das scheint unproblematisch, weil man sich moralisch auf der richtigen Seite fühlt. Es hört sich richtig an, wenn die Ungeimpften die Kosten selbst bezahlen müssen – sie könnten sich ja gratis impfen lassen. Aber ich weise darauf hin, dass es eine Vielfalt von Gründen und Motivationen gibt, warum jemand noch nicht geimpft ist. Selbst Geimpfte wollen vielleicht aus bestimmten Gründen einen Test machen. Und wenn die Tests kosten, ignoriert man diese Vielfalt völlig.

Also plädieren Sie dafür, dass die Tests gratis bleiben?
Ich gehe davon aus, dass sich viele Leute für die Impfung entscheiden werden, wenn man ihnen noch etwas Zeit gibt. Da würde es helfen, die Tests blieben gratis. Man kann sich natürlich auch Ausnahmen überlegen. Aber die Tests pauschal kostenpflichtig zu machen, scheint mir wenig durchdacht.

Das Portemonnaie ist halt einfach ein starker Motivator.
Die Frage ist, für wen. Wer wenig Geld hat, hat vielleicht einen harten Job, mit wenig Einkommen, tiefem Bildungsstand, und hat wenig Musse, sich zu informieren. Diese Leute warten immer noch darauf, dass sie direkt angesprochen werden, dass sie Informationen bekommen, dass man ihre Ängste ernst nimmt. Oder dass man es ihnen rein praktisch noch etwas leichter macht, sich impfen zu lassen – damit sie nicht extra irgendwo hinfahren oder einen Termin buchen müssen, für den sie extra freinehmen. Diese Leute werden auch am meisten darunter leiden, wenn sie bald für die Tests bezahlen müssen.

Politiker begrüssen Untersuchung zum Fall Berset

Neue Enthüllungen Bundesrat Alain Berset (SP) steht unter Druck, seit die «Weltwoche» am Donnerstag schwere Vorwürfe gegen ihn erhob: Der Innenminister soll im Zusammenhang mit einer privaten Erpressungsaffäre seine Macht missbraucht haben, indem er Angestellte seines Departements auf die Erpresserin ansetzte. Dies berichtete das Blatt mit Berufung auf nicht öffentliche Verfahrensakten.

Die Hoffnungen vieler Parlamentarier ruhen nun auf ihrer Geschäftsprüfungskommission (GPK). Man könne die «tendenziöse Berichterstattung» der «Weltwoche» nicht einfach stehen lassen, erklärte FDP-Nationalrat Matthias Jauslin in der «SonntagsZeitung». Eine «sorgfältige Abklärung» sei notwendig. Letzteres wünschen sich auch die Fraktionschefs Philipp Bregy (Die Mitte) und Thomas Aeschi (SVP). Nationalrat Alfred Heer (SVP) gab letzte Woche bekannt, dass er in der GPK eine Untersuchung beantragen werde. Die Bundesanwaltschaft wiederum will einen Sonderermittler einsetzen, der untersuchen soll, ob ein Staatsangestellter geheime Akten der «Weltwoche» zugänglich machte.

Kontroverse um Limousinen

Einen neuen Vorwurf erhebt die «NZZ am Sonntag»: Berset habe im Jahr 2012 Limousinen des Bundes für private Treffen mit der späteren Erpresserin benutzt. Die Zeitung zitiert eine Verordnung, laut der Repräsentationsfahrzeuge nur einzusetzen sind, wenn es «von der Sache her erforderlich und verhältnismässig ist».

Die Bundeskanzlei will sich nicht zum Fall äussern. Sie verweist aber auf das sogenannte Aide-Mémoire zu den Rechten und Pflichten der Bundesräte. Darin heisst es: «Den Mitgliedern des Bundesrates (…) steht für Dienst- und Privatfahrten im In- und Ausland während ihrer Amtsausübung ein Repräsentationsfahrzeug (…) zur Verfügung.»

Die private Nutzung der Limousinen ist den Bundesräten demzufolge gestattet. Somit sieht es in diesem Zusammenhang nicht nach einem Rechtsverstoss aus. Unklar ist, ob Berset der Fall politisch schadet. Sein Departement will sich dazu nicht äussern. *(fre)*

Parmelin kann Macron vorerst nicht treffen

Verstimmung Ein für November geplantes Treffen zwischen Bundespräsident Guy Parmelin und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Paris findet nicht statt. Das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) bestätigte einen entsprechenden Bericht der «SonntagsZeitung». Da der Besuch noch nicht definitiv vereinbart worden sei, handle es sich aber nicht um eine Absage eines bestätigten Termins. Nach Angaben der «SonntagsZeitung» ist Frankreich verstimmt, weil die Schweiz entschieden hat, den amerikanischen Tarnkappenjet F-35 für rund sechs Milliarden Franken zu beschaffen statt eines europäischen Flugzeugs. Im Auswahlverfahren waren neben der F-35 auch die französische Rafale und der europäische Eurofighter. *(sda)*